

Der Kolonist

Erscheint 3 mal wöchentlich, jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag.

Adresse: Ekaterinograd, Samarck. губ., редакция газеты «ДЕРЬ КОЛОНИСТЪ»

Sprechstunde des Redakteurs: täglich von 5 bis 6 Uhr.

Bezugspreis mit Zustellung aufs Jahr 8 Rbl., 6 Monate 4 Rbl., 3 Monate 2 Rbl., Ins Ausland jährlich 10 Rbl. Anzeigen, die gespaltete Petitzeile, oder deren Raum 30 Kop. Einzelnummer 10 Kop. Adressenveränderung 30 Kop.

Nr. 42.

Katharinenstadt, Mittwoch, den 9. August 1917.

1. Jahrgang.

Stwas über Freiheit und Unfreiheit.

Das ganze Leben der herrschenden Klasse ist voll von Widersprüchen. Anders lehren, anders handeln sie. Wie kam es zu diesem Widerspiel? Nun, das ist nicht schwer zu erklären.

Einst lebten die Menschen wirklich als Brüder und Schwestern, namentlich in den Zeiten, von welchen uns die Bibel berichtet. Da bestand die ganze Gesellschaft nur aus Blutsverwandten, und, ganz natürlich muß man auch hier das Moralprinzip der Liebe suchen; sonst ist es nirgends zu finden. Da war kein Widerstreit zwischen persönlichen und gemeinsamen Interessen, denn außerhalb der Organisation drohte einem jeden das Verderben. Die Menschen beherrschten noch die ganze Produktion und soweit sie sich die Naturkräfte unterworfen hatten, waren sie Herren ihres eigenen Schicksals. Aber, freilich, spielten diese Kräfte eine noch allzugroße Rolle und schwebten bald als gute, bald als böse Geister über den ursprünglichen Gemeinden.

Anders wird es mit dem Entstehen der Tauschwirtschaft. Die Natur wird nach und nach besiegt und in den Dienst der Menschheit gestellt, dafür treten aber neue Kräfte hervor, die dem Menschen mit Vernichtung drohen, Kräfte gesellschaftlichen Ursprungs. „Sobald der Mensch aufhörte sein selbst-erzeugtes Produkt (Erzeugnis) auch selbst zu konsumieren (verbrauchen) und es austauschte für ein anderes, sobald verlor er auch die Herrschaft über sein eigenes Produkt. Er mußte jetzt nicht mehr, was mit dem Produkt weiterhin geschah, und es war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sein Produkt mit der Zeit sich gegen ihn selbst richten konnte, um ihn zu unterwerfen oder zu knechten. Mit einem Wort, nach dem Entstehen der Tauschwirtschaft wurde das Produkt Herr über den Produzenten (Erzeuger)“ (Engels).

Bei der Warenproduktion wird nicht das Ziel erreicht, das sich der einzelne Produzent stellt, sondern das, welches die Produktivkräfte fordern. Der Mensch denkt, aber die stärkere gesellschaftliche Macht lenkt: er ist nicht mehr Herr seines eigenen Schicksals. Die Produktionsverhältnisse sind entwickelt und wenig durchsichtig; obgleich der einzelne selbständig produziert, aber an seiner Arbeit ist die ganze Gesellschaft beteiligt und er ist nur das bewußtlose Werkzeug des jeweiligen Produktionsprozesses. Hier entspringt auch die gegenseitige Konkurrenz (Wettbewerb) der Produzenten. Die Interessen des Einzelnen widersprechen den

Interessen der Gemeinschaft; das Gute, d. h. das Streben nach gemeinsamen Interessen, befindet sich im Widerspruch mit dem Bösen, d. h. dem Eigennutze des Einzelnen. So ungefähr, mußte sich die Gedankenwelt eines denkenden Menschen bewegen. War er ein Mitglied der vermögenden Klasse, so hatte er freilich Mühe genug darüber nachzudenken und zu prüfen, aber er stand zu weit ab von dem Ursprung dieser Gedanken (Ideen), von dem Produktionsprozesse, um imstande zu sein ihren gesellschaftlichen Ursprung zu begreifen. So kam er dazu, daß er diese seine eigenen Ideen als selbständige geistige Kräfte betrachtete und ihren Ursprung in einer höheren übernatürlichen Macht suchte. Diese Denkweise nahm mit der Zeit sehr verschiedene Formen an, entsprechend der Veränderung der Produktionsweise, anfangend mit der Sklavewirtschaft, fortgehend mit der Leibeigenschaft und endend mit dem modernen Kapitalismus. Stetig vorwärtsschreitend unter dem Druck der Bedürfnisse des Kapitalismus an technischen Verbesserungen, verwandelte sich mit der Zeit die Entwicklung der Naturwissenschaft in einen Triumphzug der menschlichen Vernunft; die Natur wurde besiegt, zuerst geistig, indem man ihre Gesetze entdeckte, und sodann materiell, als man die schon bekannte Naturkräfte dem menschlichen Willen unterwarf und sie zwang einem höheren Zwecke zu dienen — der leichteren Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Aber je heller es in der äußeren Natur wurde, umso dunkler, durch das Gesetz des Kontrastes, erschien die Natur der menschlichen Gesellschaft. In dieses Dunkel flüchtete sich nun auch und fand seinen Zufluchtsort der Wunderglaube. „Damit ist aber auch die Vorgeschichte der Menschheit abgeschlossen und der Mensch trennt sich endgültig von der Tierwelt“.

Denn mit dem Uebergang der Produktion in die Hände der Gesellschaft wird der Mensch Herr seines eigenen Schicksals. Es gibt nunmehr keine geheimen gesellschaftlichen Mächte, die seinen Absichten zuwider und den Erfolg vereiteln könnten. Es gibt auch keine Naturkräfte, die ihn geheimnisvoll beherrschen. Er steht der Natur nicht als Knecht, sondern als Herr gegenüber. Jetzt ist es endlich klar, daß die tausendjährige Zivilisation nur eine Vorbereitung war zum Sozialismus, eine allmähliche Befreiung von dem Joche der Natur, ein allmähliches Steigen der Ergiebigkeit des Arbeitsprozesses zu dem Grad, bei welchem die Lebensbedürfnisse aller, mit wenig Arbeit, können befriedigt werden. Jetzt ist es auch der Zeitpunkt, wo die Freiheit ihre volle Rechte bekommt.

Was helfen alle Freiheiten, wenn die

physische, leibliche Freiheit fehlt, wenn die harte Arbeit dem Menschen zu wenig Zeit übrig läßt, um sich durch einen kurzen Schlaf zu erholen, solange die Freiheit erst da anfängt, wo die Arbeit aufhört. Das ist eben das Verdienst und die Rechtfertigung des Kapitalismus, daß er nach jahrhundertelangen, langsamem Fortschritte es verstand, durch stürmischen Andrang die Natur zu unterjochen, die Produktionskräfte von ihren Fesseln zu befreien und den Arbeitsprozeß so zu läutern und umzugestalten, daß er endlich klar und deutlich für den menschlichen Verstand daliegt und keinerlei mystischen Wunderglaubens zu seiner Erklärung bedarf. J. W.

Verbürgung der Rechte nationaler Minderheiten.

(Schluß.)

Wie steht es nun in dieser Hinsicht mit der Gesetzgebung in Westeuropa? Europa kann uns in dieser Angelegenheit nur wenig Trost bieten. Oesterreich allein ist imstande, uns darüber am meisten zu belehren; denn da entspricht die Gruppierung der Völker fast denjenigen Grundsätzen, welche in der Ukraina und überhaupt in Rußland aufgestellt sind. In den österreichischen Reichsgesetzen über die Rechte der Bürger vom 21. Dez. 1861, Punkt 2 heißt es: „Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich; Punkt 3: der Staatsdienst ist allen Bürgern zugänglich.“ Besonders interessant für uns ist Punkt 19, wo es heißt: „Alle Völker des Reiches sind gleichberechtigt, jedes Volk hat ein unantastbares Recht auf Schutz und Entwicklung seines Volkstums (Volkseigenheiten) und seiner Sprache. Der Staat erkennt die Gleichberechtigung aller örtlichen Sprachen in der Schule, der Verwaltung und im gesellschaftlichen Leben an.“ Wie es scheint, ist da für die Völker in der Minderheit alles gut, alles klar. Aber, o weh! In Wirklichkeit lehrt die Erfahrung, daß das alles bloß Worte sind. Ist denn nun die Nationalitätenfrage auch wirklich, nicht aber bloß schriftlich gelöst? Wer von uns weiß nicht, daß diese ungelöste schwierige Aufgabe den österreichischen Völkern schon mehrere Jahrzehnte lang wie eine Schlinge um den Hals erscheint, welche die freie Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte erstickt und ewig wie ein Stein dem Kampfe um soziale Freiheit im Wege liegt.

Die Formeln: „Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich“ und „alle Völker des Reiches sind gleichberechtigt“ befriedigen nicht. Sie enthalten nach R. Springer eine Gleichberechtigung, die in verneinendem Sin-

er ausgeübt werden kann. Der wesentliche Sinn dieser Forderung kann demnach auch das bedeuten, daß die Zugehörigkeit eines Bürger zu irgend einem Volke seiner Beschäftigung der politischen Rechte nach sich zieht.

Welches ist denn der wahre Sinn dieser Normen? Aus der wahren Sinn dieser Normen, den die Freiheit nur zu bedeuten vermag, ist eben der, daß das Recht der Überreichengerechten Völker auf Selbstbestimmung verfassungsmäßig anerkannt, aber nicht unannehmbar geblieben ist.

Darum grüßt es in unserer Zeit noch nicht, wenn der Staat Rechte verleiht, da sollen auch Normen zu ihrer Verwirklichung geschaffen, muß Pflanzhaft geliebt, ihnen Schutz gewährt werden.

Für diejenigen Völker, die ein bestimmtes Territorium (Gebiet) bewohnen, ist die national-territoriale Selbstverwaltung der beste und einzige Weg zur Entfaltung und Entwicklung ihrer materiellen und geistigen Kräfte. Alle Versuche mit einer „Mischform“ (Mischung) sind ein müßiges Unterfangen. In einer andern Lage jedoch sind die Völker, die ungleichmäßig und in der Minderheit auf dem Territorium eines Volkes zerstreut leben und die man territoriallos nennen könnte. Jenseits unter einem Volke, das sich dauerhaft anständig gemacht hat, rüffeln sie das elende Dasein von Sklaven zu führen, die nach einem Ausweg aus ihrer peiniglichen Lage suchen. Anders Springer meint, daß für solche Völker besondere Gesetze (nationale) geschaffen, ihnen bestimmte Rechte verliehen und besondere Pflichten auferlegt werden müßten, wobei zu schließen ist, daß jeder Bürger eines solchen Volkes überall im Staat den Schutz des ganzen Volkes genießen und alle Rechte und Lasten desselben tragen. Als Grundlage für eine derartige Einrichtung sei das Personalprinzip anzuwenden. In diesem Falle habe sich das Volk nicht als territoriales Ganzes, sondern so einzurichten: Eine Anzahl Volksgenossen, die in einer bestimmten Gegend leben, hätten eine nationale Rechtsvereinigung oder einen Personenbund zu bilden, der mit der nötigen Gewalt, dem Rechte der Selbstverwaltung usw. ausgestattet sei. Mehrere derartige Personenbündnisse hätten sich zu einem Verbande zusammenzuschließen, der in territorialer und kultureller Hinsicht einen Bezirksverband bilde, versehen mit denselben Rechten, wie ein Personenbund. Die Gesamtheit aller Bezirke mache das Volk aus, welches als das Subjekt der erwähnten besonderen Gesetze erscheine. Somit wäre eine solche Rechtsorganisation folgendermaßen zu denken. Der Staat erkundigt sich nach der Nationalität aller majoritären Bürger und trägt diese und ähnliche Notizen in ein besonderes Taufbüchlein ein. Ueber Angelegenheiten, welche sich auf die Interessen des betreffenden Volkes beziehen, entscheiden besondere Nationalbehörden: Bundes-, Bezirks- und Nationalräte; diese Räte sind den Behörden untergeordnet, die über ein Gebiet, wo mehrere Völker leben, eingesetzt sind. Und zuletzt sind sämtliche Institutionen der reichsgründenden Gewalt mit dem allgemeinen Reichsparlament, die das Leben des ganzen Landes zu leiten haben, unterstellt. Eine solche Einrichtung, durch Normen getroffen, heißt nationale Selbstverwaltung. Die nationale Selbstverwaltung schließt auch die national-territoriale nicht aus. Also ist die national-territoriale Selbstverwaltung für Völker, die ein bestimmtes Territorium bewohnen und die nationale für Völker in der

Minderheit, welche auf dem Territorium eines Volkes zerstreut leben.

Riet. Schulz

Wort an die deutschen Kolonisten an der Wolga.

Deutsche Kolonisten an der Wolga! Viele Ungerechtigkeiten, Verfolgungen und Bedrückungen wurden der russischen Bevölkerung unter dem Joch der Herrscher aus dem Hause Romanow zuteil. Besonders berühmt machte sich durch seine Grausamkeit der letzte Herrscher dieses Hauses, der blutige, verdorrte Tyrann Nikolai der Zweite. Dessen Ungerechtigkeiten erreichten ihren Höhepunkt während dieses Krieges. Noch allen werden die Beschränkungen, Verfolgungen und Greuelthaten, die an uns Deutschen verübt wurden, frisch im Gedächtnis sein. Davon können besonders die Soldaten und die Flüchtlinge ein Vieles erzählen. Auch euch stehen gewiß die Schreckensstage des Monats Februar noch vor Augen, wo euch schon der Bettelstab zugehakt war, indem ihr Heimat, Hab und Gut verliessen und in die Fremde, dem Schicksal ausgeliefert, ziehen solltet. Dieses hatten wir nur dem Schwarzen Handlert, mit Nikolai an der Spitze, unterstügt von den Ustobrisken und einem guten Teil der Kadetten, zu verdanken, die gewöhnlich um ihre Herrschaft zu kämpfen, einen Teil der Bevölkerung den Kops freischelten, dem andern dagegen das Messer an die Kehle legten. — Doch der Mensch denkt, aber Gott lenkt: die Revolution, der Umsturz kam; die alte, bis an die Wurzel faule Regierung fiel, und das russische Volk bekam nun die lang-ersehnte Freiheit. In der Hoffnung, endlich von dem Joch der Tyrannei befreit zu sein und unser Schicksal in den Händen der Sozialisten, der Befreier Rußlands, gesichert zu sehen, atmeten wir frei auf und schauten mutig der Zukunft entgegen. Eine jede Nation schätzte diese Zeit und ging ernst ans Werk, um zu ihren Rechten zu gelangen. Auch wir Soldaten warteten mit Sehnsucht von Tag zu Tag auf die Schritte, welche dieksbezüglich in unserer lieben Heimat getan werden sollten.

Endlich bekamen wir die Nachricht, daß in Saratow ein zeitweiliges Komitee entstanden ist, bestehend aus den Herren Schmidt, Borell, Bier, Justus u. and., und daß diese Herren beabsichtigen, nach Saratow eine allgemeine Versammlung der deutschen Wolgakolonisten einzuberufen. — Bei dieser Nachricht krampfte sich bei den meisten unter uns das Herz zusammen; denn in diesen Männern sahen wir unwillkürlich die Vertreter von Rodjanko, Gutschkow, Miljankow und Konsorten, und ein mancher von uns senkte tief auf: „Wehe unsre Wolgakolonisten, wenn diese Männer unsere Leiter werden und unser Glück schmieden sollen!“ Mit Bangen schauten wir auf jene Versammlung hin. Jetzt, nachdem wir durch den „Kolonisten“, das Flugblatt und einige unserer Kameraden, die aus dem Urlaub zurückgekommen sind, mit all den Beschlüssen dieser Versammlung bekannt wurden, müßten wir uns überzeugen, daß unsere Befürchtungen nicht unbegründet waren.

Und in der Tat, teuerste Volksgenossen! Sehen wir uns einige Punkte dieser Beschlüsse etwas näher an, so wird uns sofort klar, daß es den Organisatoren (Gründern) jener Versammlung entschieden nicht um das Wohl des allgemeinen Volkes, der Bauern und

Arbeiter, zu tun war, sondern einzig und allein um das Ihrige; es will uns sofort klar, daß diese Herren nur beabsichtigten, unter der Fassung: „Für die deutsche Sache“ ihre Klasseninteressen, als Kapitalisten und Sklavisten (Vorrecht besitzende) durchzuführen. Nehmen wir den Punkt, in welchem die Versammlung beschließt, die Herren Zug und Lindemann zu begründen.

Lieber Wolgakolonist! Weißt du, wer Zug und Lindemann sind? Sie gehören zu der Partei der Ustobrisken, d. h. zu jener Partei, welche um alle obenerwähnten Ungerechtigkeiten vorbereitet.

(Schluß folgt).

Die Landfrage und die Volkssozialisten.

(Schluß)

Wäre es wohl recht, die Familien, die ihre Wirtschaft mit eigenen Arbeitskräften führen, sofort von ihren Landstücken zu verjagen, die sie, wie eine Henne ihr Nest, angegrübelt haben? Nein, wir glauben, daß es gerechter, vernünftiger und im Interesse des Staates sogar vorteilhafter sein wird, wenn diese Ländereien in lebenslänglicher Rumpfung dieser Familien gelassen werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß in Süd- und Kleinasien vorzüglich Guttorwirtschaft besteht, von alters her, und diese mit einem Schläge vernichten, heißt sich nicht Freunde, sondern Feinde schaffen. Und Guttorwirtschaften gibt es jetzt gerade soviel, wie Wirtschaften im Gemeindefuß, nämlich sieben und eine halbe Million.

Der Landfonds wird von den örtlichen Selbstverwaltungen verwaltet. Alle Bürger haben auf das Land gleiches Recht, nur wird in erster Linie daselbe der örtlichen Bevölkerung zugewiesen. Da das Land nicht einreißbar ist, so muß das bessere besonders besteuert werden. Obhgärten und Mutterwirtschaften bleiben im Besitz der jetzigen Inhaber.

Das sind die Grundzüge in der Agrarfrage bei den Volkssozialisten. Wie sich alles bei der Einführung eines neuen Landgesetzes gestalten wird, weiß niemand, doch wird das praktische Leben uns den Weg zeigen und unser Lehrmeister sein. Eine jede vor-eilige und falsche Lösung dieser Frage kann zu einem Bürgerkrieg führen, Anarchie und Ruin hervorrufen, mit denen in der jetzigen, schwerbedrängten Zeit gekämpft wird.

Die Sozialisten-Revolutionäre stehen für unentgeltliche Enteignung der Ländereien. Die Volkssozialisten urteilen anders. Sie stehen für Vergütung aus folgenden Gründen.

Wenn eine Wirtschaft dadurch zum Blühen gebracht wurde, daß durch Anwendung von Fleiß, Arbeitskräften und Geldmitteln verschiedene Verbesserungen getroffen wurden, die das Land wertvoller und fruchtbarer machen, so ist hier Vergütung weder ein Auskauf, noch eine Auszahlung, sondern einfach eine Zurückerstattung fremden Eigentums. Mann soll nicht ernten, wo man nicht gesät hat!

Und die Guttorwirtschaften, die sich in den letzten zehn Jahren gebildet haben? Die einen haben ihr Land durch die Bauernbank angekauft, die andern im Laufe der Zeit schlechtes urbar gemacht und kultiviert. Sollen diesen ihre Geldmittel, den andern ihre Arbeit unbelohnt bleiben, diesen ewigen Arbeitern, die bisher ihr Brot im Schweitze ihres Angesichtes aßen? Mag das wollen wer will, wir Volkssozialisten geben uns für so etwas nicht her.

Und wie, weiter, in solchen Fällen, wenn das Land verlegt ist? Das Land liegt in den Staatshänden, aber die Schuld bleibt unbezahlt. Die Frage, wie und durch wen diese Schulden getilgt werden, verdient besondere Beachtung. Die Kapitalisten der Banken bestehen hauptsächlich aus Depositengebern (Einlagen) und Darlehern. Nicht nur reiche Leute, sondern auch viele aus der Arbeiterklasse haben ihren Spargroschen in der Bank liegen. Die Banken machen selbst Kritiken bei Privatpersonen und anderen Kreditanstalten, um Betriebskapital zu bekommen, die russischen Banken gewöhnlich im Ausland, die Antikänder geben aber lieber gern ihr Geld unter Verpfänd der Ländereien, da das Land solche Werte ist, die sie wertlos wird. Also haben die russischen Banken fremdes Geld unter Verpfänd der Ländereien gegeben. Bei Einziehungen der Ländereien an den Staat geht die Schuld an den Staat über und muß getilgt werden. Die Sozialisten rechnen, daß der Staat die Steuererträge so umarbeiten muß, daß die Hauptlast aller Staatsschulden sich auf die Schultern der vermögenden Klassen legen, nicht aber auf die Bauern und Arbeiter.

Das ist in kurzen Zügen das Minimum-Programm der Sozialisten in der Landfrage. Ob wir auch hier „glänzend durchfallen“ werden, wie bei den Stadtmahlen in Koston und Saratow, was mein Freund Emich betont, werden wir sehen. Möglich ist das ja schon, weil wir nicht bei der „Mode“ sind. Aber ob die modernen Genossen, die jetzt das große Wort führen, auch imstande sein werden, das zu halten, was sie versprochen, wollen wir doch mal sehen. Sie geben jetzt schon „loper“ und kommen vielleicht noch rechtzeitig genug zur Einsicht, daß man die Wand mit dem Kopf nicht durchbrechen kann, denn solches fällt immer zum Nachteil des Kopfes aus. Und dann kommen sie zu uns und gehen mit uns.

Karl Brüggenmann.

Bemerkung d. Red. In seinem Vergleichsreiben fordert mich Freund Brüggenmann auf, zu seinem Artikel meine Bemerkungen zu machen. Er soll sie haben, ganz kurz.

Die Partei der Soz.-Rev. ist älter, als die der Sozialisten. Und wenn sich die Gymnasiasten der S. Kl. schämen, keine Soz.-Rev. zu sein, so ist das ganz richtig. Die Jugend ist besonders empfänglich für Recht und Gerechtigkeit und sie beagnigt sich nicht mit dem Im-Perzen-tragen, sondern will das Unrecht sofort abstellen. Leider denken viele in der Schule liberal, später aber „lieber alles“. Eine Volkspartei, die den Sozialismus im Herzen trägt. Das gute Herz, was trägt's nicht alles in sich! Hier den Sozialismus, dort den Himmel. Wir danken schön für die gefühlvolle Gesinnung, müssen aber bekennen, daß wir davon nicht jatt werden.

Verloren ist das Spiel, wenn der Soldat mit dem Gedanken ans Andreien in die Schlacht geht. Ein trauriger Kerl ist ein solcher Soldat, der den Namen Soldat gar nicht verdient.

Weder ein Sozialisten-Minister, noch auch ein anderer Sozialist hat je behauptet, daß der Sozialismus unverzüglich verwirklicht werden könne.

Sie und wir.

Wie wollen die Sozialisten die Landfrage lösen? Sie sagen, das Land soll Staatseigentum sein, also daselbe, was die

Sozial-Demokraten und Sozial-Revolutionäre sagen; nur während die Sozialisten diesen Übergang selbst auch und auch gestalten, und zwar — wohl zu merken! — nicht nur in bezug auf den Bauerntum, sondern auch in bezug auf den Privatbesitz. Im besondere Ausschließung (Ausscheidung) der Privatbesitzer als „Arbeitswirtschaften“ hebt an diesem Teil des Programmes an, da ja auf jedem Privateigentum ein Überbaubetrieb d. Arbeitswirtschaften gestützt wird.

Sollen unter den Arbeitswirtschaften vielleicht nur die „Privateigentümer“ gemeint sein, welche auch dem Staatlichen Besitz zu „Einzelbesitzern“ geworden sind? Das können und wollen die Sozialisten jedoch nicht behaupten, denn solcher „Einzelbesitz“ ist nicht eigentlich Privateigentum, sondern mehr eine Form der Landbenutzung des Bauerntums. Wenn bei der Einführung dieses Begriffes der Landbenutzung in einzelnen Fällen das Bauerntum aus den Händen der Bauern in die Hände von „Landbesitzern“ überging und solche Besitztümer nicht mehr als „Arbeitswirtschaften“ angesehen werden können, so sind das, wie schon gesagt, nur einzelne Ausnahmefälle; im großen und ganzen aber sind solche Einzelbesitzer wichtige Bauerntümer, die ihnen, sofern sie nicht eine von der Gründungsversammlung zu bestimmende Norm überschreiten, nach dem Programm der Soz.-Demokraten gelassen werden sollen, jedoch mit der Beschränkung, daß sie nur an den Staat abgetreten werden dürfen, wenn die Besitzer sie verkaufen wollen.

Wenn die Sozialisten alle von den „Arbeitswirtschaften“ auf Privateigentümern sprechen, so haben sie darunter ganz andere Begriffe. Das geht auch klar aus dem weiteren Landprogramm der Sozialisten hervor.

Alle Bürger. — sagen sie — sollen das gleiche Recht der Landbenutzung freier Ländereien haben, wobei die örtliche und aderbantreibende Bevölkerung berechtigt ist, in erster Reihe mit Land versorgt zu werden. — Also auch Nichtbauern (wer denn namentlich Grundbesitzer, Kapitalisten?) sollen freie Ländereien (wohl auch ganze Gebiete, da keine Norm verlangt wird.) zur Benutzung gegeben werden! Haben diese Herrschaften nicht auch jetzt ganze Gebiete in „Benutzung“?

Und noch weitere Vorzüge werden von den Sozialisten für die Reichen geschieden: „Um die Verschiedenheit des Wertes der Ländereien auszugleichen, soll für das bessere Land eine besondere Steuer erhoben werden. Der Arme muß sich also, weil er nicht die „besondere Steuer“ aufbringen kann, mit schlechterem Lande begnügen und nach und nach (laut beliebiger Lösung der Sozialisten) zugrunde gehen. So lautet das „sozialistische“ Landprogramm der Sozialisten.

Jedes Programm ist ja nur ein Wunsch, welcher erst durch die Gründungsverammlung ganz oder teilweise erfüllt werden wird. Jedenfalls aber werden wir Deutschen an der Wolga, die wir durchweg Bauern sind, in der Landfrage nicht die Wünsche der Sozialisten als die untrüglichen anerkennen.

„Aus einem Liedchen kann keine Strapsche angeblasen werden.“ sagt ein Sprichwort. Ebenso kann man aus einem Parteiprogramm nichts anfangen. Die Sozialisten aber stellen in ihrem Programm in bezug auf den Soldatendienst und den Friedendichst For-

derungen auf, die aus keinem Sozialisten angenommen werden können. Sie sagen unter anderem: Der Soldatendienst muß beibehalten und nur umgestaltet werden, ungegen die Forderung aller Sozialisten auf die Abschaffung der schändlichen Gewerkschaften ausgeht.

Der Krieg — sagen die Sozialisten — muß von Kajaan bis zum letzten Ende geführt werden. — Entweder wir lösen oder wir werden besiegt. — Der ganze Bevölkerung muß sich rüsten und der Sieg führen, aber für die Mensch und den Sieg arbeiten. — Und nach einem gemeinsamen Siege wird die Partei zur Bewirklichung aller ihrer Forderungen schreiten. — Nach dem Krieg wird die Partei ihre Tätigkeit aufhalten: „Allgemeiner Friede für alle Völker.“ Die Sozialisten wollen also jetzt auch keinen Frieden, wie wenn sie den Sieg erzwungen haben werden, wollen sie nun Frieden aller Völker sprechen; jetzt nur Krieg und Kriegesarbeit für die Mensch und den Sieg.

Ist das wirklich der Wunsch des Volkes? Sprechen die Sozialisten wirklich im Namen des Volkes? Ist die Lösung: Krieg bis zum Siege nicht vielmehr die Lösung der kapitalistisch-labouristischen Partei, bezwecken, die während des Krieges wirtschaftliche Vorteile gemacht haben und auch zu machen hoffen? Was hat Volk auch noch zu wünschen unter dem schweren Kriegerlast der Kapitalisten, mag es zugrunde gehen: Krieg bis zum Siege, Wirtschaftliche so lange wie möglich! Ist die Lösung der Sozialisten die.

Die revolutionäre Demokratie hat ihren Willen in bezug auf Krieg und Frieden festgelegt in der Erklärung: Friede ohne Eroberung, ohne Kriegsverpflichtung, auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker. Ist ein solcher Friede erreichbar durch einen Sieg?

Auf alle diese Fragen vermag sich jedermann selbst die Antwort zu geben.

Job. Frigler.

Aus der Heimat.

Stepnoje, Soz. Kom. (Wo bleibt unser Jucker?) Schon sind 3 Monate darüber verfließen, daß wir den letzten Jucker erhalten haben. Unsere Komitobretten sind, so scheint es, durch die Vorgänge im Reiche so erschüttert, daß sie gänzlich verpfesen haben, bei der Beschöde am Jucker für die Bevölkerung nachzugehen. Es wäre höchste Zeit, die Sache ernstlich anzugreifen. Der Marien-taler Kreis hat doch vor kurzem Jucker bekommen. Wo liegt die Schuld?

Soldat O. Obholz.

Stheim, Soz. Kom. (Politische Aufklärung.) Herr J. Frigler, Direktor der Remouenschen Landwehr, hielt den 24. Juli in unserer Gemeinde eine Vorlesung vor einer Versammlung von etwa 300—350 Bürgern und Bürgerinnen. Inerit wies er darauf hin, was wir eigentlich erreicht haben, daß nun der blutdürstige Selbstherrscher mit seinen Ministern gekürzt ist, wir die Arbeiter und Bauern von ihnen mehr als 300 Jahren gedrückt worden durch Steuern und Gericht und wie wir, alle Unterjochten, endlich nach großem, schwerem Kampf auch mal den Hammer schwingen dürfen, um unser eigenes Glück zu schmieden. Die Zuhörer waren ganz entzückt von seiner Rede und bekräftigten sie ganz unwillkürlich mit den Worten: „Ja, ja, der Mann hat recht“.

Weiter machte Herr Fritzier die Zuhörer mit der Aufgabe eines jeglichen Bürger in dem jetzigen ersten Moment bekannt, worauf er zu seiner Hauptaufgabe überging, nämlich zur Gründung einer Ortsgruppe des Verbandes der deutschen Sozialisten an der Wolga.

Die Mitglieder wählten sogleich ein Komitee von 10 Personen aus ihrer Mitte, diese bestimmten ein beständiges Präsidium. Sehr erfreulich war es, daß unsere Frauen in großer Anzahl einen regen Anteil an der Versammlung nahmen. Sie zeigten damit, daß sie auch schon ihr Bürgerrecht fühlten. Hoffe, daß sie fernere alle Versammlungen fleißig besuchen werden.

Ein Zuhörer.

Soziales.

Versammlung. Mittwoch, den 9. Aug., um 7 Uhr abends, findet in der Kreisschule eine allgemeine Mitgliedsversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Sozialistenvereins statt. Tagesordnung: Berichterstattung des zeitweiligen Organisationskomitees. Beratung der Landfrage mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Wahlen von Vertretern zur bevorstehenden Konferenz des Sozialistenverbandes.

Beste Preise auf Äpfel.

Die Fürsorgekommission hat auf die Äpfel folgende Preise festgesetzt: für Falläpfel 2 und 3 Abl. das Pud, gepflückte Äpfel 4 Rubel 50 Kop. in den Gärten; auf dem Markte kostet das Pud um 20 Kop. teurer. Die entsprechenden Preise für das Pfund sind 7, 9 und 13 Kop.

Eröffnung der politischen Kurse.

Sonntag, den 6. August wurden in der Zentralschule die politischen Kurse eröffnet. Es waren etwa 70 Personen erschienen meist nur aus Katharinenstadt und den umliegenden Dörfern. Aus den entlegeneren Kolonien werden die Zuhörer erst zum 10. August eintreffen, da sie von den Landchaften erst zu diesem Tage eingeladen worden sind. Die Kursisten von den Kolonien werden eine kleine Unterstützung erhalten.

Der Krieg.

Humänische Front.

Ämtliche Meldung vom 3. August. Aus strategischen Rücksichten zogen sich die rumänischen Truppen in der Nacht auf den 1. August aus Woloschany zurück. Am 2. unternahm der Feind eine Reihe von Angriffen längs des Flusses Suschiza, wurde aber zurückgewiesen. In der Richtung auf Fokschany griff der Feind am Morgen des 2. energisch an; unter seinem starken Druck gingen wir auf Monakhora zurück. Die rumänischen Teile wurden nach Nowillza zurückgedrängt.

Vom 4. August. Im Tale der Suschiza wogte der Kampf den ganzen 3. August hindurch. Die Rumänen behaupteten ihre Stellungen. Im Gebiete der Nowillza wurden die Angriffe des Feindes ebenfalls zurückgewiesen.

Vom 5. August. In der Richtung auf Otua gab es am 4. Kämpfe in der Umgebung von Grosfestschi. Gegen Abend waren alle Angriffe abgeschlagen. Dem gelang es nur an einigen Stellen, in die Gräben zu nehmen.

Kantailische Front.

In der Richtung auf Chasput haben wir eine Reihe von Dörfern besetzt. Bei Wann glugen die Türken am 2. und 3. August vor und zwangen unsere Truppen, etwas zurückzugehen.

Baltisches Meer.

Der Verweser des Marineministeriums, Lebedjew telegraphiert vom 3. August: In der Nähe der Insel Oland geriet am Mittag des 30. Juli das Minenboot „Leutnant Burakow“, das andern Schiffen folgte, auf denen der Verweser des Ministeriums und der Kommandierende der Flotte sich befanden, auf eine offenbar am Abend zuvor gelegte Mine und flog in die Luft. Dabei kamen ein Offizier und 22 Matrosen ums Leben. Das Minenboot sank in 11 Minuten. Zwei Schwerverwundete und ein Leichtverwundeter wurden ins Hospital gebracht. Lebedjew berichtet weiter über einen schändlichen Vorfall auf einer der mächtigen Strandbatterien, die jenes Gebiet, wo das Minenboot gesunken ist, verteidigen sollen. Als wir dort ankamen, wurden wir von niemanden empfangen, obgleich unsere Ankunft gemeldet war. Die Batterie befand sich in einem furchtbarem Zustande: Ringsum lagen Schutt- und Steinhäufen, die die Bedienung der Geschütze hinderten. Der Befehl des Kommandierenden wurde nicht erfüllt. Das Telefon wirkte nicht. Ein Teil der Mannschaft schlief noch, es war 10 Uhr morgens; die andern erklärten, daß sie dem Befehle nicht folgen werden, da niemand mit ihnen zuvor darüber gesprochen habe.

Englische und französische Front.

Nach wie vor erbitterte Kämpfe, am hartnäckigsten in Belgien. Nach wie vor Gefangene, Siege und Siegesbeute. Sogar die Portugiesen schlagen den Feind siegreich aus ihren Schützengräben heraus. Gefangene haben sie aber noch nicht gemacht.

Inland.

Die Wahlen in die verfassunggebende Versammlung sind bis zum November vertagt.

Von eigenen Soldaten getötet.

Am 30. Juli wurde der kommandierende General Gurgatow von seinen Soldaten getötet. Eine Kompagnie hatte sich geweigert, ihn als Kommandierenden anzuerkennen. Dafür sollte sie aufgelöst werden; sie fügte sich jedoch nicht und wiegelte einen Teil des Regiments auf. Bei dem Versuch, die Ordnung mit den Waffen herzustellen, stellte sich auch der andere Teil des Regiments, zu den Reuteren und umringte den Kommandierenden des Regiments, der unter den Kolbenhieben der Masse fiel.

Sozialisten-Konferenz.

Am 15. August findet in Petersburg eine Konferenz der nationalen sozialistischen Parteien Russlands statt, auf der sich Vertreter von 12 Nationalitäten einfinden werden.

Bewaffneter Zusammenstoß.

Am 2. August gab es in Petersburg eine Schießerei zwischen Milizionären und Soldaten. Es gab Tote und Verwundete.

Der Religionsunterricht in der Schule.

Das Reichskomitee für Volksbildung hat über den Religionsunterricht in den Schulen, die zum Ministerium der Volksauf-

klärung zählen, folgende Bestimmungen getroffen: Der Religionsunterricht muß in allen Schulen sichergestellt sein; jedoch darf er nicht obligatorisch sein, d. h. der Schüler darf nicht dazu verpflichtet werden. Wenn jemand den Religionsunterricht nicht gewünscht hat, so darf er nicht in seinen Rechten beschränkt werden. Privatpersonen und Gesellschaften ist es gestattet, Lehranstalten zu eröffnen ohne Religionsunterricht.

Uebersführung des ehemaligen Kaisers.

In der Nacht auf den 1. August wurde der Bürger Romanow mit seiner Familie aus Zarstoje Belo weggebracht; wie beschlossen soll er nach Tobolsk überführt worden sein. Keerenki war persönlich zugegen, als man die Herrschaften fortbrachte.

Ein Gaunerkreiß.

Am 31. Juli erhielt ein Gauner auf ein gefälschtes Dokument in der Saratower Abteilung der Russisch-Asiatischen Bank die Summe von 28 500 Abl.

Ausland.

Italien.

In Rom ist der Text einer Note des Papstes an die kriegführenden Mächte veröffentlicht worden, welche Anträge enthält, durch die der Friede, nach der Meinung des Papstes, erzielt werden kann. Der Papst fordert die Mächte auf, sich über die Fragen zu einigen.

Deutschland.

Bezüglich der Abgabe der englischen Regierung, den Delegationen Pässe für die Fahrt zur Stockholmer Konferenz auszustellen, schreibt der „Vorwärts“: Die Abgabe läßt erkennen, daß die britische und die amerikanische Regierung von dem Entschlusse befecht sind, den Krieg nicht eher zu beendigen, als bis Deutschland zerschmettert ist; sie beweist, daß die Westmächte es nicht mehr für nötig finden, mit den russischen Friedensbestrebungen zu rechnen. Das Blatt meint, England habe dem internationalen Sozialismus den Krieg erklärt.

Berichtigung.

In Nr. 37 des „Kolonist“ wird zu den „dunklen Persönlichkeiten, die die Bevölkerung zu Gewalttaten aufwiegeln“, auch ein Fritzier gezählt, der das in Grimm und Franzosen getan haben soll. Wie ich hörte, soll auch ein Fritzier (Advokat?) in Balzer „Geschäfte“ gemacht haben, durch die Uebernahme der Erwirkung von „привольные акты“.

Da ich in Messer und Balzer auch schon politische Vorträge gehalten habe (Ende Juni) und leicht mit den vorerwähnten „Fritzier“ verwechselt werden könnte, erkläre ich hierdurch, daß mein Name Johannes Friedrich's Fritzier ist, daß ich früher Privatrechtsanwalt und Redakteur war, Journalist bin und gegenwärtig als Lektor im Nowonenschen Bezirk angestellt bin, also mit den erwähnten Fritzier nichts, als den Familiennamen gemeinsam habe.

Johannes Fritzier.

Herausgeber: Zeitungs-Gesellschaft m. b. H.

Redakteur: Ad. Emsch.